



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

PRESSEKONFERENZ
DONNERSTAG, 6. MÄRZ 2003
EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Vizepräsident und ich möchten Sie über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren.

Wir haben die monetären, finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklungen heute umfassend analysiert. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass sich die Aussichten für die Preisstabilität auf mittlere Sicht in den letzten Monaten insbesondere aufgrund des verhaltenen wirtschaftlichen Wachstums und des Kursanstiegs des Euro verbessert haben. Daher hat der EZB-Rat beschlossen, die EZB-Leitzinsen um 25 Basispunkte zu senken.

Lassen Sie mich unsere Einschätzung der jüngsten wirtschaftlichen Entwicklungen näher erläutern.

Was die Analyse im Rahmen der **ersten Säule** der geldpolitischen Strategie der EZB betrifft, so erhöhte sich der Dreimonatsdurchschnitt der Jahreswachstumsraten der Geldmenge M3 im Zeitraum von November 2002 bis Januar 2003 auf 7,1 % gegenüber 6,9 % in der Zeit von Oktober bis Dezember 2002. Dieses anhaltend starke Geldmengenwachstum spiegelt die nach wie vor hohe Präferenz für liquide Anlageformen in einem Umfeld großer Unsicherheit an den Finanzmärkten und in der Wirtschaft sowie geopolitischer Spannungen wider. Liquidität ist weiterhin reichlich vorhanden. Angesichts des gegenwärtigen konjunkturellen Klimas und der Erwartung, dass die vorgenommenen Portfolioumschichtungen nach Abklingen der Unsicherheit an den Finanzmärkten zum Teil wieder rückgängig gemacht werden, ist derzeit allerdings nicht damit zu

rechnen, dass diese Liquidität zu inflationären Spannungen führen wird. Die jüngsten Daten zur Buchkreditvergabe an den privaten Sektor und vor allem das Ende 2002 verzeichnete schwache Wachstum der Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften untermauern diese Einschätzung.

Was die Analyse der **zweiten Säule** betrifft, so deuten die vorliegenden Daten und Umfrageergebnisse darauf hin, dass die Konjunktorentwicklung im Eurogebiet Ende 2002 und in den ersten Monaten dieses Jahres weiterhin verhalten war. Vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen haben sich die Aussichten für das Wirtschaftswachstum im Euroraum im laufenden Jahr gegenüber früheren Erwartungen verschlechtert; dies ist vor allem auf die geopolitischen Spannungen und den damit zusammenhängenden Anstieg der Ölpreise zurückzuführen. Entsprechend ist für dieses Jahr lediglich ein sehr geringes Wirtschaftswachstum zu erwarten.

Im Vorjahrsvergleich erhöhte sich die jährliche Preissteigerungsrate gemessen am HVPI laut Eurostat im Februar 2003 leicht auf 2,3 % gegenüber 2,2 % im Januar. Ausschlaggebend hierfür dürften die gestiegenen Ölpreise sein. Darüber hinaus dürften auch einige Basiseffekte, die aus den Nahrungsmittelpreisen resultieren, zum erneuten Anstieg der Jahresteuigerungsrate im Berichtsmonat beigetragen haben.

Die anhaltende Volatilität an den Ölmärkten erschwert eine Prognose der kurzfristigen Inflationsentwicklung. Doch sobald sich diese Märkte wieder etwas normalisiert haben, sollten in der Preisentwicklung fundamentalere Faktoren zum Tragen kommen. Zum einen ist anzunehmen, dass die im letzten Jahr beobachtete deutliche Aufwertung des nominalen effektiven Euro-Wechselkurses weiter über die Import- und Erzeugerpreise auf die Verbraucherpreise durchschlägt. Zum anderen dürfte auch das verhaltene Wirtschaftswachstum aufgrund seines Einflusses auf die Preis- und Kostengestaltung den Preisaufrtrieb dämpfen. Wenn die Ölpreisentwicklung, wie derzeit am Markt erwartet, künftig moderater verläuft, werden die Teuerungsraten im Laufe des Jahres 2003 aller Wahrscheinlichkeit nach unter die 2%-Marke sinken und anschließend auf einem Niveau bleiben, das stabilitätspolitisch sehr gut vertretbar ist.

Dieses grundlegende Szenario basiert auf der Annahme, dass sich insbesondere in einem Umfeld verhaltenen Wirtschaftswachstums die Lohnzurückhaltung durchsetzen wird. In der Tat gibt es in der letzten Zeit eine Reihe von Hinweisen auf eine gemäßigte Lohnentwicklung zum Ende des letzten Jahres, doch müsste dieses Bild in der Zukunft noch bestätigt werden.

Insgesamt haben die EZB-Leitzinssätze ein sehr niedriges Niveau erreicht. Auf der Grundlage der derzeit verfügbaren Informationen trägt dieser geldpolitische Kurs nicht nur zur Wahrung der Preisstabilität auf mittlere Sicht bei, sondern er bildet auch ein gewisses Gegenwicht zu den verschiedenen Faktoren, die sich zur Zeit negativ auf das Konjunktugeschehen auswirken.

Was die Zukunft betrifft, so wird sich das Wirtschaftswachstum aller Wahrscheinlichkeit nach allmählich erholen, sobald sich die Faktoren, die zu der großen wirtschaftlichen Unsicherheit beitragen, abgeschwächt haben. Zwar lässt die erwartete schwache Konjunktur zu Beginn dieses Jahres auf ein geringes durchschnittliches Wirtschaftswachstum für 2003 schließen, doch sollten die vierteljährlichen Wachstumsraten im Laufe des Jahres steigen. Im Zeitverlauf dürfte die Wirtschaft im Euro-Währungsgebiet von einer einsetzenden weltwirtschaftlichen Erholung und dem niedrigen aktuellen Zinsniveau sowie von einer sinkenden Inflation, die das verfügbare Realeinkommen und das Wachstum des privaten Verbrauchs stützt, profitieren.

Allerdings steht jede Beurteilung der zukünftigen Entwicklung gegenwärtig im Zeichen der geopolitischen Spannungen und ihrer potenziellen Auflösung. Die Geldpolitik kann dieser Art von Unsicherheit nicht entgegenwirken. Abhängig von der weiteren Entwicklung ist der EZB-Rat bereit, rechtzeitig und entschlossen zu handeln.

Die wirtschaftlichen Aussichten für das Euro-Währungsgebiet hängen weitgehend von den Maßnahmen ab, die in anderen Politikfeldern getroffen werden. Im Bereich der Finanzpolitik wird die Einhaltung der im EG-Vertrag und im Stabilitäts- und Wachstumspakt verankerten Rahmenbedingungen durch alle Staaten für stabile und nachhaltige öffentliche Finanzen sorgen und somit merklich zu einem stärkeren Vertrauen wie auch zu günstigen Finanzierungsbedingungen für den privaten Sektor beitragen. In den meisten Fällen weist die den aktualisierten Stabilitätsprogrammen zugrunde liegende fiskalische Ausrichtung ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren und - sofern erforderlich - weiteren Konsolidierungsmaßnahmen auf. In einigen Fällen ist das derzeitige Konsolidierungsbestreben schwach ausgeprägt. Um das Vertrauen in die fiskalischen Rahmenbedingungen und das wirtschaftliche Umfeld weiter zu stärken, ist es unerlässlich, dass alle Länder mit verbleibenden Ungleichgewichten geeignete Konsolidierungsvorhaben umsetzen. Daher müssen die in den Stabilitätsprogrammen eingegangenen Verpflichtungen sowie die Forderung nach einer weiteren Verbesserung der Haushaltslage - wie nachfolgend im ECOFIN-Rat vereinbart - vollständig erfüllt werden. Diesbezüglich sollten die zu ergreifenden Maßnahmen in eine umfassende und wachstumsorientierte Strategie eingebettet werden. Dies bedeutet für die meisten Länder vorrangig, dass sie das Volumen ihrer öffentlichen Ausgaben verringern und ihre Struktur reformieren müssen.

Schließlich könnten die Aussichten für die Wirtschaft des Eurogebiets deutlich verbessert werden, wenn die Regierungen ihre Anstrengungen zur Umsetzung struktureller Reformen an den Arbeits- und Gütermärkten verstärken würden. Solche Reformen sind wichtig, um letztendlich das Produktionspotenzial zu erhöhen, die Flexibilität der Wirtschaft zu verbessern und die

Widerstandskraft des Euroraums gegenüber externen Schocks zu stärken. Besonders angesichts der gegenwärtig gedämpften Konjunktur können Maßnahmen, die die Attraktivität des Eurogebiets für Investoren erhöhen, wesentlich zur Stärkung des Vertrauens beitragen.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank

Abteilung Presse und Information

Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 13 44-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404

Internet: <http://www.ecb.int>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.